



# Positionspapier des BVKW

## Reform der Förderpolitik im Wärmesektor und die Rolle kalter Wärmernetze

September 2025

## Einleitung

Die Wärmewende – die Transformation unserer Wärmeversorgung hin zu Klimaneutralität – ist eine der zentralen Herausforderungen der deutschen Klimapolitik. Der Wärmesektor verursacht etwa die Hälfte des Endenergieverbrauchs in Deutschland, wobei über 80 % der Wärme bislang aus fossilen Quellen wie Erdgas stammen. Der Gebäudesektor hat seine Klimaziele in den vergangenen Jahren mehrfach verfehlt. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, Heizenergie effizienter zu nutzen und zügig auf erneuerbare Wärme umzusteigen. Bis 2045 muss Deutschland klimaneutral werden – ein Ziel, das ohne eine tiefgreifende Wärmewende nicht erreichbar ist.

Vor diesem Hintergrund richtet sich dieses Positionspapier des Bundesverbands Kalte Wärmenetze e.V. (BVKW) an politische Entscheider:innen in Bund, Ländern und Kommunen, an Ministerien und Förderinstitutionen sowie an die Fachöffentlichkeit und Verbandsmitglieder. Es formuliert die strategische Haltung des BVKW zur aktuellen und künftigen Förderpolitik im Wärmesektor, insbesondere im Kontext einer geplanten *„Reform der Förderung für den Wärmesektor“*. Der BVKW möchte die Relevanz kalter Wärmenetze – einer innovativen Form der Nahwärmeversorgung – für die Wärmewende hervorheben, klare politische Thesen benennen und konkrete Forderungen an die Politik stellen. Dabei werden auch Querschnittsthemen wie kommunale Wärmeplanung, Versorgungssicherheit, Technologieoffenheit und Effizienz adressiert, die für eine erfolgreiche und sozial ausgewogene Wärmewende entscheidend sind.

## Politische Ausgangslage

**Klimapolitische Rahmenbedingungen:** Die Bundesregierung hat mit dem Gebäudeenergiegesetz (GEG) und weiteren Vorgaben den Kurs für den Heizungssektor neu justiert. Neue Heizungen müssen ab 2024 zu mindestens 65 % mit erneuerbaren Energien betrieben werden, und ab 2045 ist der Betrieb fossiler Heizungen vollständig verboten. Gleichzeitig steht ein Bundesgesetz für die kommunale Wärmeplanung (Wärmeplanungsgesetz) vor der Verabschiedung. Dieses soll Städte und Gemeinden verpflichten, bis Mitte der 2020er Jahre strategische Pläne zur Dekarbonisierung der lokalen Wärmeversorgung vorzulegen. Die kommunale Wärmeplanung wird als zentrales Steuerungsinstrument der Wärmewende angesehen, um vor Ort die bestgeeigneten Technologien – seien es Wärmenetze oder dezentrale Lösungen – zu identifizieren. Allerdings mangelt es vielerorts noch an Ressourcen, Daten und Know-how, um belastbare Wärmepläne zu erstellen. Hier ist Unterstützung durch Bund und Länder unabdingbar, damit Kommunen verlässliche Leitpläne für Investitionen in Infrastruktur erhalten.

**Aktuelle Förderlandschaft:** Um den Umstieg auf klimafreundliche Heizungen finanziell zu unterstützen, hat die Bundesregierung diverse Förderprogramme geschaffen. Zentral ist die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG), über die private Haushalte Zuschüsse und Kredite für den Heizungstausch (z.B. Einbau von Wärmepumpen) erhalten. Seit 2023 gilt eine neue Heizungsförderung mit einer Grundförderung von 30 % der Investitionskosten, die durch Boni (für niedrige Einkommen, für den schnellen Tausch oder im Falle einer kommunalen Wärmeplanung) auf bis zu 50–70 % erhöht werden kann. Gleichzeitig existiert mit der Bundesförderung effiziente Wärmenetze (BEW) ein Förderprogramm, das den Ausbau klimaneutraler Wärmenetze unterstützt – inklusive kalter Nahwärmenetze (Anergienetze) – mit Zuschüssen für Machbarkeitsstudien, Planung, Investition und teils auch Betriebskosten. Die BEW bietet derzeit z.B. 40 % Investitionszuschuss für kalte Wärmenetze ab einer gewissen Größe. Diese Programme bilden wichtige Bausteine, um die Investitionsbereitschaft von

Hausbesitzern, Wohnungsgesellschaften und Versorgern zu erhöhen und die Wirtschaftlichkeit klimafreundlicher Technologien zu verbessern.

**Haushalts- und finanzpolitischer Druck:** Angesichts angespannter öffentlicher Finanzen und eines hohen Bundeshaushaltsdefizits steht die Förderpolitik jedoch auf dem Prüfstand. Die Bundesregierung sucht nach Einsparpotentialen – auch bei der Förderung des Heizungstauschs. Zugleich hat die Energiekrise der letzten Jahre gezeigt, wie wichtig sozial abgefederte Maßnahmen sind: Viele Bürgerinnen und Bürger können die hohen Investitionskosten für eine neue Heizung nicht ohne Weiteres stemmen. Die aktuelle Förderstrategie versucht, diesen Spagat zu meistern, indem sie einkommensschwächere Haushalte mit zusätzlichen Zuschüssen (Einkommensbonus) und vergünstigten Krediten entlastet. Dennoch ist offensichtlich, dass die öffentlichen Mittel begrenzt sind und Priorisierungen nötig werden.

**Marktdynamik und technologische Entwicklung:** Die Aussicht auf Fördermittel hat in den letzten zwei Jahren eine Dynamik in Gang gesetzt, die für den Markthochlauf klimafreundlicher Heiztechnik essentiell ist. Viele Gebäudeeigentümer haben – teils aus Eigeninteresse, teils angespornt durch finanzielle Anreize – begonnen, sich intensiv mit Wärmepumpen als neuem Heizstandard zu beschäftigen. Vermögende Eigentümer investieren bereits in hochwertige Wärmepumpenlösungen; dank der Förderung ziehen auch mittlere und geringere Einkommen vermehrt den vorzeitigen Heizungstausch in Betracht. Diese positive Bewegung darf nicht abrupt abgewürgt werden. Ein Signal der Politik, die Wärmewende sei weniger dringlich, wäre fatal – nicht nur für die Klimaziele, sondern auch gesellschaftlich, da es Klimaschutzskeptische Stimmen stärken würde. Vielmehr gilt es, die begrenzten Fördermittel so effektiv wie möglich einzusetzen, um maximalen Klimanutzen, hohe Effizienzgewinne und dauerhaft geringere Heizkosten für Verbraucher zu erreichen.

**Kommunale Infrastruktur und Versorgungssicherheit:** Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung bedeutet für Stadtwerke und Energieversorger einen tiefgreifenden strukturellen Wandel. Bestehende Fernwärmenetze müssen ausgebaut und auf erneuerbare Quellen (Geothermie, Großwärmepumpen, grüner Wasserstoff/Biomethan) umgestellt werden, ohne die Zuverlässigkeit der Versorgung zu gefährden. Gleichzeitig steigen die Investitionsvolumina enorm – viele Versorger rechnen mit einer Verdopplung bis Verdreifachung ihrer Investitionen in den kommenden Jahren. Politische Unsicherheiten wirken hier kontraproduktiv: Solange unklar ist, welche Rolle Gas, Wärmenetze oder individuelle Wärmepumpen mittelfristig spielen sollen, und solange kommunale Wärmepläne fehlen, zögern Unternehmen mit Entscheidungen. Beispielsweise beobachten Wärmeversorger mit Sorge, dass die großzügige Förderung individueller Wärmepumpen ihre Kundenbasis im Wärmenetzbereich erodieren könnte. Haushalte dürfen per Verordnung (§ 3 AVBFernwärmeV) unter bestimmten Bedingungen aus bestehenden Fernwärmeanschlüssen aussteigen, um auf eigene erneuerbare Heizungen umzurüsten. In kleinen Nahwärmenetzen kann der Wegfall einzelner Abnehmer aber die Wirtschaftlichkeit des Gesamtsystems gefährden. Diese Zielkonflikte zeigen: Technologieoffenheit in der Wärmewende darf nicht bedeuten, jeder Akteur handele isoliert; vielmehr braucht es Koordination und Planung, damit sowohl individuelle Lösungen als auch Wärmenetze ihren optimalen Beitrag leisten können, ohne einander zu behindern.

Insgesamt ist die politische Ausgangslage gekennzeichnet durch ambitionierte Klimaziele, neue ordnungsrechtliche Leitplanken, aber auch durch den Zwang zur Effizienz im Mitteleinsatz und zur Abstimmung aller Akteure. Vor diesem Hintergrund entwickelt der BVKW seine strategische Position und konkrete Empfehlungen, wie die Förderpolitik im Wärmesektor ausgestaltet werden sollte, um die Wärmewende zum Erfolg zu führen.

## Strategische Position des BVKW (Thesen)

- **These 1: Kalte Wärmenetze sind ein Schlüssel zur erfolgreichen Wärmewende.** *Kalte Nahwärmenetze* (auch Anergienetze oder Wärmenetze 5. Generation) stellen eine hochinnovative Infrastruktur für die Wärmeversorgung dar. Sie verteilen thermische Energie auf niedrigem Temperaturniveau (typisch 5–20 °C Vorlauf) und nutzen in jedem Gebäude eine dezentrale Wärmepumpe, um das benötigte Nutzwärme-Niveau zu erreichen. Diese Technologie ermöglicht es, vielfältige erneuerbare Wärmequellen zu erschließen – von oberflächennaher Geothermie über Umweltwärme aus Luft, Wasser und Abwasser bis zu industrieller Abwärme. Kalte Wärmenetze arbeiten hocheffizient und mit minimalen Verteilverlusten, da die Temperaturen im Netz sehr niedrig gehalten sind. Anders als klassische Fernwärme mit ~80 °C, die 10–20 % Transportverluste verzeichnet, lassen sich bei 5–15 °C Vorlauftemperatur die Leitungen sogar ohne Dämmung verlegen, ohne nennenswerte Wärmeverluste. Gleichzeitig können kalte Netze Abwärme auf niedrigem Temperaturniveau – z.B. aus Rechenzentren, Kühlanlagen oder Klärwerken – direkt aufnehmen und nutzbar machen, anstatt diese wertvolle Energie ungenutzt zu lassen. Insgesamt ermöglichen kalte Wärmenetze eine hocheffiziente, flexible und regenerative Wärmeversorgung, die nicht nur zur Erreichung der Klimaziele beiträgt, sondern auch im Sinne der Versorgungssicherheit und Kostenstabilität überzeugt. Sie können darüber hinaus im Sommer für gebäudeübergreifende Kühlung genutzt werden – ein Vorteil angesichts häufiger Hitzewellen. Der BVKW ist überzeugt, dass kalte Wärmenetze – ob in Neubauquartieren oder Bestandsvierteln – zu einer *Schlüsseltechnologie* der Wärmewende werden müssen, und dass Förderpolitik sowie kommunale Planung diese Option viel stärker in den Vordergrund rücken sollten.
- **These 2: Technologiemix und kommunale Wärmeplanung – „kein Entweder-oder“.** Die Wärmewende erfordert ein integriertes Zusammenspiel verschiedener Technologien, statt der Fokussierung auf nur einen Ansatz. Wärmepumpen in Gebäuden, energetische Gebäudesanierung, kalte und warme Wärmenetze, Geothermie, Solarthermie und Biomasse – all diese Bausteine können je nach lokaler Situation sinnvoll kombiniert werden. Wichtig ist, dass die Stärken jeder Technologie genutzt und zu effizienten Gesamtsystemen verbunden werden. Der BVKW tritt für Technologieoffenheit mit Leitplanken ein: Die Politik soll keine pauschalen Verbote oder einseitigen Präferenzen (für oder gegen bestimmte Energieträger) aussprechen, wohl aber klare Kriterien setzen – etwa in Form von Effizienzstandards, Emissionsgrenzwerten und Nachhaltigkeitsvorgaben. Die kommunale Wärmeplanung spielt hier eine zentrale Rolle: Auf Basis lokaler Gegebenheiten (Siedlungsdichte, Ressourcenpotenzial, bestehende Netze etc.) wird entschieden, wo ein Ausbau von Wärmenetzen die beste Lösung darstellt und wo dezentrale Einzelanlagen sinnvoller sind. Diese Planung muss ambitioniert, aber realistisch und wirtschaftlich tragfähig sein. Der BVKW unterstützt explizit eine Wärmeplanung, die kalte Nahwärmelösungen als Option prüft und integriert – derzeit werden kalte Wärmenetze in vielen Kommunen noch wenig berücksichtigt, obwohl sie in zahlreichen Fällen eine optimale Lösung bieten könnten. Wichtig ist außerdem die Abstimmung zwischen kommunalen Plänen und Bundesförderung: Die Förderpolitik sollte Projekte fördern, die den Zielen der lokalen Wärmepläne entsprechen, um Doppelförderung oder Fehlanreize (z.B. Einzelwärmepumpen in Quartieren, die sich eigentlich für ein kaltes Nahwärmenetz eignen) zu vermeiden. Kurz: Dezentrale Wärmepumpen und Wärmenetze dürfen nicht als Gegensätze betrachtet werden, sondern als sich ergänzende Bausteine, die durch kluge Planung in Einklang gebracht werden.

- **These 3: Effizienz und Strombedarfsbegrenzung müssen Leitprinzip der Förderpolitik sein.**

Die Elektrifizierung der Wärmeerzeugung (v.a. durch Wärmepumpen) ist ein tragender Pfeiler der Wärmewende. Allerdings zieht der Wärmesektor dadurch einen erheblichen zusätzlichen Strombedarf nach sich – insbesondere an kalten Wintertagen. Um die Stromnetze und Stromerzeugung nicht über die Maßen zu belasten, muss die Politik darauf achten, dass möglichst effiziente Technologien zum Einsatz kommen. Wärmepumpe ist nicht gleich Wärmepumpe: *Sole-Wasser- oder Wasser-Wasser-Wärmepumpen*, die Umweltwärme aus dem Erdreich oder Grundwasser nutzen, erreichen Jahresarbeitszahlen (JAZ) von 4,0 bis 5,0, während einfache Luft-Wasser-Wärmepumpen im Gebäudebestand oft nur JAZ 2,8 bis 3,5 erreichen. In strengen Frostperioden sinkt die Leistungszahl von Luftwärmepumpen weiter ab, was einen höheren Stromverbrauch und Lastspitzen verursacht. Die effizienteren erdgekoppelten Systeme sind den Luftwärmepumpen hinsichtlich Strombedarf an kalten Tagen und übers Jahr deutlich überlegen. Zudem bieten sie Möglichkeiten zur passiven Kühlung im Sommer und damit zusätzlichen Stromspareffekt, da weniger Klimaanlagestrom benötigt wird. Aus energiewirtschaftlicher, ökologischer und sozialer Sicht ist es daher geboten, dass Förderinstrumente gezielt jene Lösungen begünstigen, die pro Kilowattstunde Wärme den geringsten Stromverbrauch verursachen. Effizienz muss zum ausschlaggebenden Kriterium werden – sowohl auf Systemebene (z.B. geringe Verteilverluste in Wärmenetzen) als auch auf Anlagenebene (hohe COP/JAZ von Wärmeerzeugern). Dies dient dreifach: dem Klimaschutz (höhere CO<sub>2</sub>-Einsparung pro Euro Förderung), der Versorgungssicherheit (weniger Stromnachfrage in Engpasszeiten) und der Bezahlbarkeit für Verbraucher (geringere laufende Kosten durch niedrigeren Energieeinsatz).

- **These 4: Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit erfordern Diversifizierung weg von fossilen und begrenzten Brennstoffen.**

Die Wärmewende ist nicht nur ein Klimaschutzprojekt, sondern auch eine Chance, die Energieversorgung krisenfester und unabhängiger zu machen. Importierte fossile Brennstoffe haben Deutschland in der Vergangenheit anfällig für geopolitische und Preisrisiken gemacht. Ein zentrales Ziel muss daher sein, vermehrt auf lokal verfügbare, erneuerbare Energiequellen zu setzen – sei es Umgebungswärme, Solarthermie, Umweltwärme oder nachhaltig verfügbare Biomasse. Kalte Wärmernetze leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, da sie lokale Quellen (etwa flache Geothermie, Abwärme oder Abwasserwärme) nutzbar machen und somit Gemeinden unabhängiger von globalen Brennstoffmärkten werden lassen. Gleichzeitig müssen wir realistisch die Grenzen mancher Alternativen erkennen. Insbesondere Holz-Biomasse steht nur begrenzt nachhaltig zur Verfügung: Die Reststoffe der Holzindustrie (Säge-Späne etc.) sind nahezu vollständig ausgeschöpft und bereits heute übersteigt die Nachfrage das inländische Aufkommen deutlich. Eine Ausweitung der Pellet- und Scheitholznutzung würde entweder zu Übernutzung der Wälder oder zu verstärkter Importabhängigkeit führen, mit negativen Folgen für Wälder als Ökosysteme und Rohstoffquelle. Für die Versorgungssicherheit bedeutet dies: Wir dürfen uns nicht auf scheinbar günstige, aber knappe Ressourcen wie Holzheizstoffe verlassen, sondern sollten auf Sektorkopplung mit Strom und *unbegrenzt verfügbare Umgebungswärme* setzen, ergänzt durch Speicher und Lastmanagement. Nur so vermeiden wir zukünftige Engpässe und Preissprünge. Versorgungssicherheit heißt auch, monetäre Risiken für Verbraucher zu begrenzen: Technologien, die heute nur dank Subvention günstig wirken, könnten sich später als

Kostenfalle erweisen. Etwa hat die bisherige BEW-Praxis gezeigt, dass eine hohe Betriebskostenförderung für zentrale Großwärmepumpen in Fernwärmenetzen dazu verleitet, diese Anlagen permanent durchlaufen zu lassen – was kurzfristig billig, aber langfristig ineffizient ist. Fällt die Förderung weg, schnellen die Kosten und der Nachrüstbedarf (Speicher, Spitzenlastkessel) plötzlich in die Höhe. Solche Entwicklungen gefährden die Versorgungssicherheit und Akzeptanz. Der BVKW spricht sich daher für eine vorausschauende Förderpolitik aus, die Versorgungssicherheit durch effiziente Strukturen (dezentrale Puffer, flexible Erzeugung) erhöht und fehlgeleitete Anreize vermeidet.

- **These 5: Sozialverträglichkeit und Akzeptanz als Voraussetzung für die Wärmewende.** Die beste Technologie nützt nichts, wenn sie von der Bevölkerung nicht mitgetragen oder finanziell nicht gestemmt werden kann. Die Wärmewende darf daher nicht zu sozialer Schieflage führen. Ein erheblicher Teil der Haus- und Wohnungseigentümer sieht sich durch den politisch forcierten Heizungstausch vor finanzielle Überforderung gestellt. Gerade ältere Eigentümer mit begrenzten Renteneinkünften und Unsicherheiten über künftige Lebenshaltungskosten zögern, ihre Ersparnisse für eine neue Heizung aufzubrauchen. Jüngere Familien ohne großes Vermögen stoßen ebenfalls an Grenzen, wenn neben dem Immobilienerwerb nun hohe Sanierungskosten anfallen. Hier ist kluge Förderpolitik gefragt, um die Lasten fair zu verteilen. Der BVKW befürwortet ausdrücklich einkommensabhängige Zuschüsse (Boni) und günstige Kredite, um niedrigere Einkommen zu entlasten. Zugleich muss aber auch die *Mittelschicht* mitgenommen werden, da sie einen Großteil der Eigentümer stellt. Planungssicherheit ist ein weiterer Aspekt der Sozialverträglichkeit: Wenn Bürger wissen, dass Förderkonditionen verlässlich und nicht abrupt verändert werden, können sie Investitionen besser vorbereiten und fühlen sich vom Staat nicht im Stich gelassen. Nichts würde die Akzeptanz mehr untergraben, als ein abruptes Ende der Unterstützung oder ständig wechselnde Regelungen mitten im Transformationsprozess. Deshalb sollten Änderungen in der Förderkulisse nur mit Augenmaß und Vorlauf erfolgen (siehe Forderungen). Insgesamt gilt: *Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit dürfen kein Widerspruch sein.* Eine Wärmeversorgung, die langfristig klimaneutral und effizient ist, kommt letztlich allen zugute – durch stabile Energiepreise, höhere Versorgungssicherheit und ein besseres Wohnklima. Der BVKW setzt sich dafür ein, die Wärmewende so zu gestalten, dass Niemand überfordert und alle beteiligt werden.
- **These 6: Verlässliche Rahmenbedingungen und Koordination sind entscheidend.** Die Transformation des Wärmesektors ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nur durch ein koordiniertes Zusammenwirken von Politik, Wirtschaft und Kommunen gelingen kann. Energieversorger und Investoren benötigen ein *stabiles Umfeld* mit langfristig planbaren Zielen, Förderbedingungen und regulatorischen Vorgaben. Nur dann werden sie bereit sein, die notwendigen Milliardeninvestitionen in Netze, Anlagen und neue Geschäftsmodelle zu tätigen. Die Politik muss daher für Konsistenz und Verlässlichkeit sorgen – Flickwerk oder kurzfristige Aktionismus sind kontraproduktiv. Ebenso braucht es eine enge Verzahnung der Ebenen: Bundesvorgaben müssen mit den Möglichkeiten der Kommunen und der Privatwirtschaft zusammen gedacht werden. Ein Beispiel: Ohne ausreichende finanzielle Mittel für die kommunale Wärmeplanung (etwa über Bundesländer-Programme) bleiben auch die gesetzlichen Wärmeplan-Pflichten wirkungslos, da viele Kommunen derzeit nicht in der Lage sind, belastbare Konzepte zu

erstellen. Umgekehrt kann eine gut gemachte kommunale Planung ihre Wirkung nur entfalten, wenn die Bundesförderung entsprechende Projekte dann auch bevorzugt möglich macht. Der BVKW begrüßt daher Initiativen, die Rahmenbedingungen für die Wärmewende ganzheitlich denken – vom Ordnungsrecht über Marktregeln (z.B. Netzentgelte für Wärmepumpenstrom) bis zur Förderpolitik. Ein *politisches Gesamtkonzept* für die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist nötig, das ökologische, ökonomische und soziale Ziele in Einklang bringt. Unsere folgenden Forderungen sollen dazu konkrete Ansätze liefern.

## Konkrete politische Forderungen

Im Lichte der obigen Thesen richtet der BVKW folgende Forderungen an die politisch Verantwortlichen. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Förderpolitik im Wärmesektor effektiv, zielgerichtet und zukunftsorientiert zur Wärmewende beiträgt:

- 1. Fördermittel konsequent auf Effizienz und Einsparwirkung ausrichten.** Künftige Förderprogramme sollten gezielt die energieeffizientesten Optionen begünstigen. Insbesondere sind Wärmepumpensysteme mit hoher Jahresarbeitszahl – wie Erd- oder Wasser-Wärmepumpen – stärker finanziell zu unterstützen. Die Erschließung von Erdwärme (z.B. Bohrungen für Erdsonden, Erdabsorber oder Brunnen) sollte als eigener Fördertatbestand in der BEG anerkannt werden, sowohl für Einzelgebäude als auch für quartiersbezogene Lösungen. Konkret fordert der BVKW, dass bei Nachbarschaftslösungen bis ca. 16 Gebäude eine gemeinschaftliche Wärmequellenerschließung (etwa ein kleiner kalter Nahwärmeverbund mit zentraler Geothermie) ebenso hoch gefördert wird wie heute größere kalte Netze im BEW. Bisher fördert die BEW-Machbarkeitsstudien und Planung solcher kalten Netze >16 Anschlüsse mit 50 % sowie die Investition mit 40 %. Ein analoger Ansatz im kleineren Maßstab innerhalb der BEG (z.B. *Wärmenetz „light“ für mehrere Gebäude*) würde die Erdwärmennutzung in bestehenden Wohngebieten erheblich voranbringen. Wichtig ist, dass die tatsächlichen Mehrkosten für Erdsonden, -kollektoren oder Grundwasserbrunnen abgedeckt werden, da diese Infrastruktur bislang oft an den Förderdeckeln scheitert. Die Wärmepumpen selbst können weiterhin den allgemeinen Fördersätzen folgen – aber die Vorinvestition in hocheffiziente Quellen muss separat berücksichtigt werden. So wird sichergestellt, dass Sole-/Wasser-Wärmepumpen und kalte Nahwärmelösungen aufgrund der Förderung für Bauherren attraktiv werden und nicht länger aus Kostengründen von vornherein zugunsten einfacherer, aber weniger effizienter Lösungen verworfen werden.
- 2. Kalte Wärmenetze in den Mittelpunkt der Wärmenetz-Förderung stellen.** Die Bundesförderung Effiziente Wärmenetze (BEW) sollte verstärkt auf kalte Nahwärmenetze fokussieren, da diese besonders energie- und kosteneffizient sind. Der BVKW begrüßt, dass im BEW bereits Anergienetze förderfähig sind, und spricht sich dafür aus, die Fördertöpfe für Modul 1 (Machbarkeitsstudien) und Modul 2 (Planung) weiter aufzustocken, um den hohen Beratungsbedarf für Kommunen und Stadtwerke in diesem Bereich abzudecken. Zudem muss das BEW auf Markthindernisse reagieren, die kalte Netze bisher ausbremsen. So bindet aktuell die Betriebskostenförderung für Großwärmepumpen (Modul 4 der BEW) enorme Mittel, begünstigt aber vor allem klassische Hochtemperatur-Fernwärmesysteme. Diese Subvention (bis zu 90 % der Stromkosten über 10 Jahre) schafft Fehlanreize: Betreiber lassen die zentralen Groß-

Wärmepumpen durchlaufen, unabhängig von Strompreis und Netzlast, nur um den maximalen Zuschuss zu kassieren. Das ist weder im Sinne der Netzdienlichkeit noch der Effizienz (es entstehen quasi *Dauerlauf-Baseload-Wärmepumpen* mit hohen absoluten Stromverbräuchen). Gleichzeitig werden damit Anergie-Netze verdrängt, weil kapital- und personalstarke Akteure eher auf die großzügig geförderten Großwärmepumpen setzen, statt dezentrale Lösungen zu entwickeln. Der BVKW fordert daher eine Neuausrichtung der BEW: Weg von pauschalen Betriebskostenzuschüssen für jede eingespeiste kWh Wärme und hin zu Anreizen für einen strommarkt-orientierten Betrieb. Konkret könnte die Regierung Nachlässe bei den Strom-Netzentgelten oder zeitvariable Zuschüsse gewähren, um Wärmepumpen dann zu betreiben, wenn viel erneuerbarer Strom verfügbar ist. Das spart langfristig Kosten und erhöht die Sektorkopplungs-Effekte. Zudem sollten kalte Nahwärmernetze prioritären Zugang zu Fördermitteln erhalten, da sie – wie aufgezeigt – langfristig die höchste Effizienz und Klimawirksamkeit erzielen. Eine umfassende Evaluierung der bisherigen BEW-Praxis ist erforderlich, um sicherzustellen, dass Fördergelder tatsächlich in zukunftsfähige Netzstrukturen fließen und nicht unbeabsichtigt *Fortschreibungen alter Strukturen* begünstigen.

### 3. **Förderung von Biomasse-Heizungen kritisch überdenken.**

Der BVKW regt an, die öffentliche Förderung für neue Holz-Biomasse-Heizwerke und -Heizungen auf den Prüfstand zu stellen. Zwar spielen Holzhackschnitzel-, Scheitholz- und Pelletheizungen derzeit noch eine gewisse Rolle bei der Wärmewende, doch ist ihre Nachhaltigkeit und Verfügbarkeit begrenzt. Daten zeigen, dass die inländische Produktion von Holzpellets (aus Abfallprodukten der Holzindustrie) bereits an ihrer Kapazitätsgrenze ist – der Bedarf übersteigt das Angebot deutlich. Auch Brennholz stößt regional an Grenzen; steigende Nachfrage infolge hoher fossiler Preise führte zuletzt zu Engpässen selbst in walдреichen Regionen. Weitere Anreize für Biomasse würden primär zu steigenden Brennstoffkosten und ggf. mehr Importen führen, ohne langfristig skalierbar zu sein. Zudem sind Wälder als Kohlenstoff- und Wasserspeicher sowie Biodiversitätsraum schützenswert – eine forciert energetische Nutzung widerspricht dem Walderhalt. Deshalb sollte die Förderung im Wärmebereich klar Prioritäten setzen: Gelder dort konzentrieren, wo dauerhafte Klimavorteile zu erwarten sind. Biomasseprojekte in Wärmenetzen (z.B. Holzhackschnitzel-Heizwerke) sollten allenfalls noch *Übergangslösungen* sein und eher degressiv gefördert oder durch strengere Nachhaltigkeitskriterien begrenzt werden. Die frei werdenden Mittel können effizienter in Wärmepumpen, Geothermie und Wärmenetze fließen. Auch im Gebäudebereich plädiert der BVKW dafür, Pellet- und Holzheizungen von Zuschüssen auszunehmen, da diese pro Haus zwar günstiger in der Anschaffung sind als Wärmepumpen, aber gesamtgesellschaftlich kaum Skaleneffekte und ökologische Nachteile mit sich bringen. Kurzfristig mögen Holzheizungen mit Brennstoffkosten um 8 Ct/kWh verlockend erscheinen, doch diese Preise werden nicht haltbar sein, wenn die Nachfrage steigt. Eine Neufokussierung der Förderung weg von Holzheizungen hin zu strombasierten oder solarbasierten Systemen wird letztlich sowohl dem Klima als auch der Versorgungssicherheit dienen.

### 4. **Keine abrupten Einschnitte bei der Heizungsförderung – Übergangsfristen einplanen.**

Trotz notwendiger Einsparungen im Bundeshaushalt darf die Förderpolitik nicht von heute auf morgen geändert werden, ohne den Bürgerinnen und Bürgern Gelegenheit zur Anpassung zu geben. Viele Eigentümer haben ihre Investitionsentscheidungen auf Grundlage der bestehenden Förderkulisse getroffen. Der BVKW fordert daher, Förderbedingungen nur mit angemessenem Vorlauf und schrittweise anzupassen.

Konkret könnte die Bundesregierung ankündigen, die aktuelle Grundförderung (30 % Zuschuss) ab 2030 jährlich um z.B. 5 Prozentpunkte zu reduzieren und Ende 2032 auslaufen zu lassen. Eine solche Degression würde einerseits den öffentlichen Mitteleinsatz planbar senken, andererseits aber einen Anreiz zur Beschleunigung setzen: Eigentümer wüssten, dass sie bis 2030 die höchsten Zuschüsse erhalten und danach sukzessive weniger – was erfahrungsgemäß viele bewegt, den Heizungstausch nicht auf die lange Bank zu schieben. Ebenso sollte der derzeit zusätzlich gewährte „Geschwindigkeitsbonus“ (20 % Aufschlag, wenn der Tausch sehr schnell erfolgt) bis 2028 moderat abgesenkt (z.B. 2028 auf 10 %) und dann abgeschafft werden. Dieser Bonus hat seine Berechtigung in der Anschubphase; mittel- bis langfristig sollte die Dringlichkeit durch das Ordnungsrecht (GEG) und die Wirtschaftlichkeit klimafreundlicher Heizungen von allein greifen. Entscheidend ist: Beständigkeit und Transparenz für Verbraucher und Märkte. Ein plötzlicher Förderstopp schon 2025/26 hingegen würde die begonnenen Markttransformationen abwürgen, Handwerkskapazitäten brachfallen lassen und das Erreichen der Klimaziele gefährden. Daher spricht sich der BVKW für einen geordneten Ausstieg aus hohen Zuschussquoten aus – aber erst, wenn der Hochlauf der Technologie gefestigt ist und mit klarer, mehrjähriger Ankündigung.

**5. Soziale Ausgewogenheit der Förderung verbessern.**

Damit die Wärmewende gesellschaftlich mitgetragen wird, müssen die Förderinstrumente stärker auf die sozialen Unterschiede eingehen. Der BVKW fordert, den bestehenden Einkommensbonus (derzeit 30 % Zuschuss für zu versteuernde Jahreseinkommen bis 40.000 €) anzuheben und auszuweiten. Beispielsweise könnte für Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen ein Zuschuss von 40 % der tatsächlichen Investitionskosten bis zu 50.000 € gewährt werden. Dies würde der Realität Rechnung tragen, dass eine Wärmepumpenumstellung in einem Einfamilienhaus im Bestand oft Gesamtkosten von 50.000 € und mehr verursacht. Bisher deckelt die Förderung die förderfähigen Kosten (z.B. auf ~30.000 € für ein EFH), was effektiv zu nur ca. 15.000 € Zuschuss führt – zu wenig, um Normalverdiener wirklich zu entlasten, wenn Gesamtkosten das Doppelte betragen. Einkommensgrenzen sollten ebenfalls regelmäßig an die Inflation und Einkommensentwicklung angepasst werden, damit nicht immer weniger Bürger in den Genuss der Boni kommen. Neben Zuschüssen müssen auch Förderkredite sozial zielgenauer gestaltet werden. Der KfW-Ergänzungskredit etwa sollte so konzipiert sein, dass auch Haushalte ohne hohe Sicherheiten oder mit geringerer Kreditwürdigkeit ihn nutzen können. Wenn bankübliche Bonitätskriterien strikt angelegt werden, gehen genau die Eigentümer leer aus, die es am nötigsten hätten. Hier könnte der Staat Ausfallbürgschaften prüfen oder eine stärkere Verzinsungssubvention bieten, um die Kreditvergabe zu erleichtern. Insgesamt plädiert der BVKW für eine Förderpolitik, die niemanden zurücklässt: Einkommensschwache Haushalte brauchen besondere Unterstützung, damit die Wärmewende nicht zum Luxusprojekt wird. Gleichzeitig sollte kommuniziert werden, dass auch Vermögende und Unternehmen ihren Beitrag leisten müssen – etwa durch Eigenmittel oder regulative Verpflichtungen – um eine breite Akzeptanz zu sichern.

**6. Fokus der Förderungen weg von fossilen und überholten Technologien – Holzheizungen nicht weiter subventionieren.**

Die öffentlichen Gelder im Wärmesektor sind begrenzt und müssen daher stringent auf zukunftsfähige Technologien konzentriert werden. Vor diesem Hintergrund spricht sich der BVKW dafür aus, Fördertatbestände für neue Öl- oder Gasheizungen vollständig zu streichen (was im Zuge der GEG-Reformen im Wesentlichen bereits erfolgt ist) und auch

Holzheizungen (Pellet, Hackschnitzel, Scheitholz) nicht länger aktiv zu fördern. Bereits heute fließen noch nennenswerte BEG-Zuschüsse in Pelletkessel in Bestandsgebäuden – ein Relikt früherer Förderphasen. Diese Praxis ist nicht mehr zeitgemäß. Angesichts der dargelegten Rohstoffengpässe bei Holz und der Tatsache, dass Holzverbrennung zwar formal CO<sub>2</sub>-neutral gestellt wird, real aber Feinstaub- und andere Emissionen verursacht, sollten Holzkessel höchstens im Ausnahmefall (z.B. in denkmalgeschützten Gebäuden ohne Alternativen) unterstützt werden. Jeder Euro Förderung, der heute noch in einen neuen Pelletkessel fließt, *fehlt* bei Wärmepumpen, Wärmenetzen oder Effizienzmaßnahmen. Daher: Konzentration der Mittel auf Wärmepumpen, Solarthermie, Geothermie und Infrastruktur – die Technologien, die auch in 20 Jahren noch zentraler Bestandteil einer klimaneutralen Wärmeversorgung sein werden.

**7. Unabhängige Fachberatung und Qualitätssicherung beim Heizungstausch fördern.**

Ein oft unterschätzter Erfolgsfaktor der Wärmewende ist die kompetente Planung und Begleitung der Maßnahmen. Der BVKW beobachtet, dass viele Eigenheimbesitzer mit der Komplexität der Thematik überfordert sind. Welche Wärmepumpe passt zum Haus? Reicht die vorhandene Heizkörpergröße für niedrigere Vorlauftemperaturen? Sollten zuerst Fenster oder Dämmung verbessert werden? – Solche Fragen lassen sich am besten durch unabhängige Experten beantworten. Leider herrscht hier ein Engpass: Die meisten Heizungsbauer sind auf eine bestimmte Herstellerpalette festgelegt und verkaufen bevorzugt ihre Standardlösung. Eine herstellernerneutrale Beratung, die verschiedene Optionen vergleicht, findet selten statt, da sie Zeit und spezielles Know-how erfordert. Umso wichtiger ist die Förderung von neutraler Fachberatung und Baubegleitung. Der BVKW fordert, dass der Zuschuss von 50 % der Kosten für eine unabhängige Heizungsberatung und begleitende Qualitätssicherung (z.B. durch einen zertifizierten Energieberater/Ingenieur mit Wärmepumpen-Fachkenntnis) fortgeführt bzw. ausgeweitet wird. Diese Förderung existiert bereits im Rahmen der BEG (z.B. *Heizungsoptimierungsbonus* oder begleitende Beratung), darf aber keinesfalls dem Rotstift zum Opfer fallen. Im Gegenteil: Hauseigentümer sollten aktiv ermutigt werden, vor einer Heizungsentscheidung einen qualifizierten „2. Blick“ einzuholen. Die Kosten dafür sind im Verhältnis zur Investition gering, der Nutzen aber hoch – Fehlplanungen können vermieden, optimale Systemlösungen gefunden und letztlich Fördermittel effizient eingesetzt werden. Auch bei der Ausführung (Bohrunternehmen, Installateure etc.) sorgt eine unabhängige Baubegleitung für Qualität und Termintreue. Der BVKW sieht hierin einen zentralen Hebel, um sicherzustellen, dass die geförderten Anlagen tatsächlich die versprochenen Einsparungen und Leistungen erbringen und die Kundenzufriedenheit hoch ist.

**8. Kommunale Wärmeplanung finanziell und fachlich unterstützen.**

Als Querschnittsforderung appelliert der BVKW an Bund und Länder, die Kommunen nicht alleine zu lassen, wenn es um die Umsetzung des Wärmeplanungsgesetzes geht. Eine ambitionierte, aber realistische kommunale Wärmeplanung ist die Grundvoraussetzung dafür, dass die richtigen Projekte identifiziert und priorisiert werden. Daher sollten zweckgebundene Förderprogramme für Kommunen aufgelegt oder ausgeweitet werden, um Beratungskosten, Datenaufbereitung und Personalkapazitäten für die Wärmeplanung zu finanzieren. Insbesondere kleinere Städte und ländliche Gemeinden benötigen oft externe Hilfe, um Potenzialanalysen (z.B. Geothermie-Potenzial, Abwärmequellen, Gebäudecluster) zu erstellen. Hier kann ein Bundes-Förderprogramm *„Wärmeplanung und Machbarkeitsstudien“* – ergänzend zur BEW – greifen, das 80–100 % der Kosten übernimmt. Wichtig ist auch der Wissensaustausch: Praxisleitfäden, digitale

Planungstools und eine zentrale Datenplattform (etwa ein *Wärmeatlas*) können den Aufwand je Kommune reduzieren. Der BVKW selbst arbeitet daran, als Kompetenzzentrum solche Instrumente bereitzustellen und Kommunen zu vernetzen. Letztlich zählt Unterstützung in der Planung direkt auf die Effizienz der späteren Förderung ein: Wenn erstklassige Wärmepläne vorliegen, fließen Fördergelder in Projekte, die maximal sinnvoll sind – z.B. in ein kaltes Wärmenetz dort, wo es die beste Lösung darstellt, oder in Einzelmaßnahmen, wo kein Netz ökonomisch ist. Eine verbindliche und fundierte Wärmeplanung schafft für alle Akteure – Bürger, Versorger, Investoren – Planungssicherheit und verhindert Fehlinvestitionen. Daher sollte die erfolgreiche Erstellung kommunaler Wärmepläne selbst als Meilenstein betrachtet und belohnt werden (etwa durch Bonusförderung für Projekte, die aus einem solchen Plan hervorgehen). Die Politik ist gefordert, hier kurzfristig für klare Zuständigkeiten und ausreichend Mittel zu sorgen, damit die kommunale Wärmeplanung ihr Potenzial als „zentrales Steuerungsinstrument“ voll entfalten kann.

## Abschluss und Ausblick

Die vorstehenden Positionen und Forderungen zeigen Wege auf, wie die Förderpolitik im Wärmesektor weiterentwickelt werden kann, um die Wärmewende zu beschleunigen und gleichzeitig effizient, sozial gerecht und technisch sinnvoll zu gestalten. Kalte Wärmenetze und hocheffiziente Wärmepumpensysteme können einen erheblichen Beitrag zur Dekarbonisierung des Wärmesektors leisten – sie ermöglichen eine nahezu vollständige klimaneutrale Wärmeversorgung bei gleichzeitiger Stärkung der Versorgungssicherheit und lokalen Wertschöpfung. Damit diese Lösungen ihren Durchbruch schaffen, müssen jetzt die richtigen politischen Weichen gestellt werden. Insbesondere die vorgeschlagene *Reform der Förderung im Wärmesektor* des BVKW bietet die Chance, die knappen öffentlichen Mittel so einzusetzen, dass Maximalwirkung für das Klima und dauerhafte Entlastung für Verbraucher erzielt werden.

Der BVKW – als Bundesverband und Kompetenzzentrum für kalte Wärmenetze – steht bereit, diesen Wandel konstruktiv zu begleiten. Wir bringen die Expertise unserer Mitglieder aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis ein, um innovative Lösungen in die Fläche zu tragen. Gemeinsam mit anderen Branchenverbänden (z.B. für Wärmepumpen, Geothermie, Energiedienstleistungen, Effizienz und Contracting, Gebäudeenergieberatung) arbeiten wir daran, Synergien zu heben und mit *geeinter Stimme* für bessere Rahmenbedingungen der Wärmewende einzutreten. Die Vision des BVKW ist eine Zukunft, in der klimaneutrale, sichere und bezahlbare Wärmeversorgung selbstverständlich ist – mit kalten Wärmenetzen als neuer Normalität in unseren Städten und Gemeinden.

Wir appellieren an die politischen Entscheidungsträger:innen in Bund, Ländern und Kommunen, die in diesem Papier dargelegten Empfehlungen beherzt umzusetzen. Eine Wärmewende, die technologieoffen aber effizient, ambitioniert aber sozial ausgewogen und zentral gesteuert aber lokal verankert ist, kann Deutschland auf einen nachhaltigen Kurs bringen. Die Reform der Förderpolitik im Wärmesektor wird dann ein Hebel für Innovation und Investitionen, statt ein Streitpunkt der Haushaltspolitik. Der BVKW steht als Ansprechpartner zur Verfügung, um Details dieser Vorschläge auszuarbeiten und die Praxisperspektive und Kompetenz einzubringen. Gemeinsam können wir dafür sorgen, dass aus heutigen Weichenstellungen greifbare Erfolge werden: sinkende Emissionen, sichere und günstige Wärme für alle und ein starkes heimisches Gewerbe im Bereich der klimaschonenden Energietechniken.

**Zusammenfassung:** Der BVKW fordert eine Neuausrichtung der Förderpolitik, die kalte Wärmenetze und hocheffiziente Wärmepumpentechnologien ins Zentrum stellt, die Förderung sozial gerecht und planbar gestaltet und kommunale Wärmeplanungen als Grundlage ernst nimmt. Dies ist der Weg, um die Wärmewende wirtschaftlich tragfähig und bürgernah zu realisieren – zum Wohle des Klimas, der Versorgungssicherheit und der kommenden Generationen.